

1 **Antragsteller:**
2 **Kreisvorstand des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland**
3 **Dr. Gitta Trauernicht, MdL**

4

5 Der Kreisparteitag der SPD Nordfriesland möge beschließen:

6

7 **„Kindern eine Stimme geben – Sozialdemokratisches Profil für Schleswig-Holstein!“**

8

9 **Kinder sind kein Anhängsel – Politik für Kinder auch nicht!**

10 Wir wollen mit den Menschen in Zeiten der Krise die Weichen dafür zu stellen, dass
11 unser Bundesland auch in Zukunft ein Ort ist, an dem alle gut leben können. Dabei
12 gilt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uneingeschränkt, dass die
13 Gesellschaft auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die Schwächsten und
14 Schutzbedürftigsten eintreten muss. Dazu zählen vor allem die Kinder.

15 Uns leitet die Überzeugung, dass **Kinder eine eigenständige Bevölkerungsgruppe**
16 **mit eigenständigen Rechten und Ansprüchen** an die Gesellschaft sind. Kinder-
17 und Jugendpolitik ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher ein
18 eigenständiger Politikbereich.

19 Unser Land kann es sich auch gar nicht leisten, dass Kinder „zurückgelassen“, dass
20 sie nicht bestmöglich gefördert werden. Unsere Gesellschaft braucht die Talente je-
21 des einzelnen jungen Menschen!

22 Gelder, die in Kinderfreundlichkeit investiert werden, sind deshalb keine Wohltat, auf
23 die in harten Zeiten verzichtet werden könnte. Sie sind notwendige Investitionen in
24 die Zukunftsfähigkeit unseres Landes!

25

26 Deshalb:

- 27 - werden wir dafür sorgen, dass das Recht jedes Kindes verwirklicht werden
28 kann, sich zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
29 zu entwickeln;
- 30 - wollen wir dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen bestmögliche
31 Chancen für ein gutes Aufwachsen haben;

- 1 - streiten wir dafür, die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken, Bil-
2 dungsgerechtigkeit zu verwirklichen und einen wirksamen Schutz für alle zu
3 gewährleisten – sowohl Schutz vor Vernachlässigung oder Gewalt, als auch
4 insbesondere vor Armut!

5

6 **1) Kinder haben Rechte!**

7 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein gelingendes Leben, auf körperliche
8 Unversehrtheit, auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, und auf Förderung ihrer Ent-
9 wicklung.

10 So haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit vielen Jahren dafür
11 gekämpft, dass das Recht auf gewaltfreie Erziehung gesellschaftliche Norm wird.

12 Und wir sind stolz darauf, dass es gelungen ist, **Kinderrechte in der schleswig-**
13 **holsteinischen Landesverfassung** zu verankern. Wir wollen die Kinderrechte in
14 der Landesverfassung noch stärker machen, als es mit unserem Koalitionspartner
15 möglich war und in ihrer Bedeutung weiter ausbauen.

- 16 - Wir wollen, dass es neben dem Recht auf Schutz vor Vernachlässigung oder
17 Misshandlung einen individuellen **Anspruch jedes Kindes auf angemessene**
18 **Förderung** gibt. Dieser Anspruch muss im Zweifel schwerer wiegen als El-
19 ternrechte!

- 20 - Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene weiter dafür ein, dass **Kinderrechte**
21 **in das Grundgesetz** aufgenommen werden. Kinder sollen als eigenständige
22 Rechtspersonlichkeiten anerkannt werden. Das Elternrecht hat dem Kindes-
23 wohl zu dienen!

24

25 **2) Gerechte Bildungschancen von Anfang an!**

26 Spätestens infolge der PISA-Debatten hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die
27 Grundlagen für erfolgreiche Bildungsbiografien lange vor der Einschulung gelegt
28 werden.

29 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren und sind Bildung,
30 Betreuung und Erziehung schon immer entscheidende Elemente gesellschaftlicher
31 Teilhabegerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit.

1 Es darf nicht sein, dass Kinder viel zu oft aus Kostengründen nicht in die Kita gehen,
2 für die frühe Förderung, außerfamiliäre Kontakte und Anregungen gerade besonders
3 wichtig wären.

4 Wir werden uns nicht damit abfinden, dass die soziale und ethnische Herkunft eines
5 Kindes seine Bildungs-, und damit Lebenschancen insgesamt, bestimmen. Auch
6 deshalb haben wir **in der Koalition die Einführung des betragsfreien letzten Kita-**
7 **Jahres vor der Grundschule durchgesetzt.**

8
9 Ebenso, wie wir nordfriesischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Ab-
10 schaffung der Schülerbeförderungsgebühren durchgesetzt haben, treten wir auch im
11 Kita-Bereich für die konsequente **Beseitigung von Hürden beim Bildungszugang**
12 ein.

13 Wir werden auch in Zeiten intensivierter Sparzwänge daran festhalten, Wege zur so-
14 zial durchlässigen und **beitragsfreien Bildung bis zur Hochschule** zu schaffen, die
15 mit einer **beitragsfreien Kita** beginnt.

- 16 - Wir streiten daher weiter entschlossen für einen **gebührenfreien Kitabesuch**
17 von Anfang an!
- 18 - Wir setzen uns weiterhin für einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztags-
19 plätzen für alle Altersgruppen ein.
- 20 - Wo haushaltspolitisch der Zwang zur Prioritätensetzung besteht, da muss gel-
21 ten: Schutz für Schwache und Sicherung der Zukunftsfähigkeit haben Vorrang!

22

23 **3) Kinderarmut muss entschlossen bekämpft werden**

24 Alle Kinder sollen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche
25 Startchancen haben und gesund aufwachsen. Gleiche Lebenschancen für jedes Kind
26 sind das Grundversprechen einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft.

27 Die Wirklichkeit ist allerdings eine andere: Die Chancen unserer Kinder hängen ent-
28 scheidend von ihrer sozialen Herkunft ab, wir laufen Gefahr, dass Armut wieder mas-
29 senhaft zum sozial vererbten Schicksal wird. Allein in Schleswig-Holstein leben mehr
30 als 74.000 Kinder in Armut – das ist jedes 7. Kind.

31

32 Kinderarmut hat viele Seiten: Materielle Armut, Bildungsarmut, höhere Gesundheits-
33 risiken, unsichere Alltagsstrukturen, fehlende Förderung von Talenten usw. Armut
34 trifft Kinder in ihrer ganzen Persönlichkeit, beraubt sie ihrer Entwicklungschancen
35 und letztlich die Gesellschaft ihrer Zukunftsfähigkeit. Die Ausbildung ihrer Basiskom-

1 petenzen und der Einstieg in eine erfolgreiche Bildungsbiografie werden schon in
2 frühen Kindesjahren geprägt. Versäumnisse in dieser Phase wiegen doppelt schwer.

3

4 Die **Offensive gegen Kinderarmut** mit Leitprojekten wie „Kein Kind ohne Mahlzeit“,
5 „Kein Kind ohne Gesundheitsvorsorge von Anfang an“ oder „Kein Kind ohne Ferien-
6 erholung“ hat geholfen, die Lage von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen
7 kurzfristig konkret zu verbessern.

8 Allein 3.300 Kinder, die im Rahmen von „Kein Kind ohne Mahlzeit“ am gemeinsamen
9 Mittagessen in der Kita teilnehmen beweisen, wie wichtig diese Initiative ist.

10

11 Zugleich ist wichtig, dass die Initiative dazu beigetragen hat, das **gesellschaftliche**
12 **Tabu aufzubrechen**, Kinderarmut nicht zur Kenntnis zu nehmen bzw. nicht darüber
13 zu sprechen.

14

15 Und die Offensive gegen Kinderarmut zeigt, dass es für die Menschen einen Unter-
16 schied macht, ob Sozialdemokrateninnen und Sozialdemokraten in der Regierung
17 sind oder nicht. Ohne uns gäbe es diese Offensive nicht!

18 Wir werden:

- 19 - dafür streiten, dass das **Tabuthema Kinderarmut** und seine wirksame Be-
20 kämpfung als entscheidende Gerechtigkeitsfrage **in den Mittelpunkt** der ge-
21 gesellschaftlichen Debatte gerückt wird;
- 22 - die landesweite **Offensive gegen Kinderarmut weiter ausbauen** und finan-
23 ziell absichern;
- 24 - uns auf Bundesebene für **einen eigenständigen Kindereckregelsatz** für
25 Harz IV-Leistungen stark machen, der auch die Teilnahme am Mittagessen in
26 Kita und Schule ermöglicht.

27

28 **4) Kinder brauchen Förderung und Schutz!**

29 Die frühe Entwicklung sozialer Fähigkeiten aber auch das Ziel gesellschaftlicher
30 Chancengleichheit erfordern **ein Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung** –
31 nicht erst dann, wenn das Wohl eines Kindes konkret gefährdet ist.

32 Zu einem guten Aufwachsen brauchen Kinder mehr als ihre Familie. Sie brauchen
33 die Erfahrung der Gemeinschaft von Gleichaltrigen, brauchen vielfältige Sozialisati-
34 onsorte und die Chance, altersgemäß familiäre Grenzen überwinden zu können.

1 Öffentliche Verantwortung für Kinder bedeutet aber auch, dass die Gemeinschaft für
2 das Wohlergehen aller Kinder einsteht! Schleswig-Holstein hat zu diesem Zweck das
3 System der Frühen Hilfen konsequent ausgebaut und gestärkt.

4 Frühe Hilfen müssen sich an alle Eltern richten, sie dürfen weder bestimmte Eltern
5 abschrecken, noch solche Eltern stigmatisieren, die die Hilfen annehmen.

6 5-10% aller Neugeborenen sind gefährdet. Das darf uns nicht ruhen lassen und ver-
7 langt die laufende Weiterentwicklung des erfolgreichen landesweiten Handlungskon-
8 zepts mit Programmen wie „**Schutzengel**“ und „**Willkommen im Leben**“.

9 Diese Programme wurden von Land und Kommunen gemeinsam mit den Kinder-
10 schutzeinrichtungen und Verbänden erfolgreich auf den Weg gebracht. Wir sind stolz
11 darauf, dass der Kinderschutz in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren substan-
12 ziell gestärkt wurde!

13 Das **Kinderschutzgesetz**, das zum 1. April 2008 in Schleswig-Holstein in Kraft
14 getreten ist, hat bundesweit Maßstäbe gesetzt. Ein wichtiges Ziel dieses Gesetzes
15 ist, dass alle Kinder bis zum sechsten Lebensjahr regelmäßig an den für eine
16 gesunde Entwicklung elementaren Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen.

17 Deshalb sorgen wir dafür, dass

- 18 - alle Elemente **des präventiven Kinderschutzes** flächendeckend bedarfsgerech-
19 recht umgesetzt werden;
- 20 - insbesondere **Angebote für werdende Eltern** und für Eltern mit noch sehr
21 kleinen Kindern bzw. Babys weiter ausgebaut werden und
- 22 - die **Bereitstellung von Frühen Hilfen als einklagbarer Rechtsanspruch** je-
23 des einzelnen Kindes im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert wird!

24

25 **5) Gesellschaftliche Teilhabe – Kinder sollen mitbestimmen!**

26 Auch Kinder haben den demokratischen Anspruch, altersgemäß über ihre Lebens-
27 bedingungen mitzubestimmen. Die praktische Erfahrung von **Demokratie und Teil-**
28 **habe muss den Alltag unserer Kinder von Anfang an prägen.** Sie ist wesentli-
29 ches Element der Persönlichkeitsbildung und der Entwicklung von Demokratiefähig-
30 keit von Kindern und Jugendlichen.

31 Ebenso wenig, wie es ein Bildungsprivileg geben darf, darf es ein gesellschaftliches
32 Partizipationsprivileg geben! Es ist unsere Verantwortung, dass junge Menschen

1 gleich welcher sozialen Herkunft und gleich welchen Bildungsgrades dafür gewonnen
2 werden, sich in die gemeinsame Gestaltung der Lebensbedingungen einzubringen.

3

4 Deshalb werden wir:

5 • das erfolgreiche Programm „**Kinderstube der Demokratie**“ sowie das Pro-
6 jekt „**Mitwirkung in Schleswig-Holstein**“ **fortführen und weiterentwickeln.**

7 Wir wollen Kinder und Jugendliche noch stärker in Entscheidungsprozesse
8 über Angelegenheiten, die ihr Leben in der Kita, in der Schule und in der
9 Kommune betreffen **einbinden**;

10 • **Freiwilligendienste** für junge Menschen, wie z.B. das **Freiwillige Soziale**
11 **Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr** durch mehr Landesmittel för-
12 dern und für die verstärkte Beteiligung von jungen Menschen mit Schulab-
13 schlüssen „unterhalb“ des Abiturs sorgen;

14 • **Schule demokratischer organisieren** durch mehr Beteiligung an Entschei-
15 dungen über die Ausgestaltung des Schullebens, Feedbackkultur usw.;

16 • für die **Absenkung des Wahlrechtes auf 16 Jahre** werben – wer alt genug
17 ist, eine Berufsausbildung zu wählen, kann auch über politische Vertreter mit
18 bestimmen.

19 Kinderfreundlichkeit kann und soll nicht von Politik und Verwaltung allein entwickelt
20 und getragen werden. Wir verstehen Politik für Kinder als gesamtgesellschaftliche
21 Aufgabe, die insbesondere in enger **Kooperation mit Initiativen, Organisationen**
22 **und Verbänden**, auf den Weg gebracht werden muss.